

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags um 6 Uhr und ist durch die Expedition, Neue Brunnengasse 50, durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 80 Pf. Verlagsort: Breslau.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Belegungsgebühr: Beträge für die einjährige Belegung oder deren Raum 20 Pfennige, für Viertel- und Belegungs-Belegungen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 451.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 42.

Dienstag, den 19. Februar 1901.

12. Jahrgang.

Der Breslauer Protestruf.

Dr. Wiemer-Berlin.

„Nieder mit dem Brotwucher!“ Dieser Schlachtruf hat auch in unserer Provinzialhauptstadt die breiten Massen der minderbegüterten und freiheitlich denkenden Bevölkerung auf die Beine gebracht. Hunderte und Aberhunderte strömten gestern Abend hinaus in den „Schleierberg“ und der mächtige Saal, der größte der Stadt, begann sich schon von 1/27 Uhr an mit einer dichtgedrängten Menge zu füllen. Alle Berufe und Erwerbszweige waren vertreten, aber der Arbeiter überwog stark unter der Zahl der Gäste. Hatte sich doch in den letzten beiden Tagen vor der Versammlung von Wium zu Land die Kunde fortgepflanzt, daß der Reichstagsabgeordnete für Breslau-Ost, unser Genosse Tugauer in der Versammlung anwesend sein und den Standpunkt der sozialdemokratischen Partei darlegen werde. Ganze Fabrikpersonalen, 80—100 Mann, rückten gemeinschaftlich an, Kopf an Kopf reiheten sich in Saal und Gallerie die noch von der Berufstätigkeit geschwägten Arbeiter und Handwerker. Und wer noch im Zweifel sein konnte, wohin die Massen gehörten, die dort stundenlang gebuldig ihren Sitzplatz behaupteten, wenn kein Sitzplatz mehr zu erobern war, dem konnten es die im ganzen Saal zahlreich verstreuten Frauen lehren. Nur die „Volkswacht“ hatte entsprechend der stets geübten sozialdemokratischen Praxis auch die Frauen aufgerufen zur Teilnahme am Protest. Und was gestern von solchen anwesend war, das sind nur Arbeiterfrauen gewesen, die sich glücklicherweise auch nicht verschenden ließen, wenn sie sich den Eintritt ins Lokal mitunter regelrecht erkämpfen mußten. In Folge eines uns ganz unerklärlichen Mißverständnisses hatten die freisinnigen Einberufer die Weisung ergehen lassen, daß Frauen in dieser Volksversammlung keinen Zutritt finden sollten. Die Frauen, die gerade in erster Linie an der Vertretung der Lebensmittel interessiert sind, die gerade am notwendigsten der Aufklärung über den geplanten Deutzug in die Arbeitertaschen bedürfen, sie sollten vom der Teilnahme ausgeschlossen sein? Na, so leicht ging ja das nicht. Wir glauben kaum, daß sich auch nur eine hat bewegen lassen, auf ihre geringen staatsbürgerlichen Rechte zu verzichten. So aufgeklärt sind unsere Arbeiter durch den öfteren Versammlungsbesuch doch schon, daß sie nicht aus ganz unbegründeter Furcht ihre Frauen vom Versammlungsbesuch zurückhalten. Immerhin gab die stundenlang andauernde Zurückweisung der Frauen zu berechtigten Beschwerden Anlaß und das war um so weniger notwendig, als unseres Wissens doch auch die freisinnige Partei für die Erweiterung der Frauenrechte eintritt. Man mußte aber dann wenigstens die geringen jetzt bestehenden Rechte aus, gesetzliche Bedenken lagen gestern jedenfalls nicht vor.

Mit größter Stille und Aufmerksamkeit hörten die 3000 Versammelten den einzelnen Rednern zu, nur selten wurde diese Ruhe unterbrochen. Und aus den Beifallsstimmungen, wie aus den Zwischenrufen konnten wir deutlich erkennen, daß hier Zuhörer versammelt waren, welche die Sprecher auch verstanden. Die warme Stimmung übte auch auf die Redner ihre gute Wirkung, denen in dem weiten Räume keine leichte Aufgabe gestellt war. Donnerader Beifall lohnte ihr Wohlwollen. Zwischen den Versammelten und den Männern, die da oben die Roth des Volkes schilberten, bestand die innigste Verbindung. Wenn Genosse Tugauer, als er das Wort erhielt, mit ganz besonders herzlichem und brausendem Beifall begrüßt wurde, so war das kein Personenkultus. Die Breslauer Sozialdemokraten haben eben wegen bekannter Machinationen seit Jahren schon nicht mehr Gelegetheit gehabt, ihrem Abgeordneten in einer großen Versammlung gegenüberzutreten. Daß aber das beste Einverständnis zwischen Abgeordneten und Wählern trotz alledem besteht, das bezeugte der donnernde Empfangsgruß.

Denselben reichen Beifall, der unsern Genossen Tugauer zu Theil wurde, haite auch Herr Dr. Wiemer für seine kernige und klare Rede geerntet; später nahm ein Vertreter der freisinnigen Vereinigung, Herr Rechtsanwalt Dr. Reisser, und dann sogar ein nationalliberaler Redner, Herr Dr. Borgius, das Wort; beide erklärten ihr Einverständnis mit den vorher gemachten Ausführungen. Der letzte Redner war allerdings so vorsichtig, nicht im Namen der nationalliberalen Partei, sondern des Handelsvereins zu sprechen. Trotzdem hat es uns von ganzem Herzen gefreut, wie Herr Borgius mit den spitzesten Argumenten gegen die „Patrioten“ loszog und mit ihnen in einem so schärfen — fast sozialdemokratischen — Ton verkehrte. Schade, daß dies bei den Nationalliberalen nur vor versammeltem Volke geschieht und nie auf dem Parkettboden des Reichstages. Dann betrat noch Genosse Bruhns die Tribüne, um mit gepfefferten Worten zwischen unsere städtische Junkerskavallerie zu fahren und ihnen ihre Feigheit und Muthlosigkeit gehörig unter die Nase zu reiben. Doch lassen wir zunächst den genaueren Bericht folgen:

Herr Stadtverordneter Jung er eröffnete die Versammlung mit einem Willkommenstruß an die so zahlreich Erschienenen Namens des Wahlvereins der freisinnigen Volkspartei und ertheilte darauf das Wort an den Referenten, Herrn Reichs- und Landtagsabgeordneten

ber, wiederholt von Beifall unterbrochen, etwa Folgendes ausführte:

Die wichtigste Frage, welche gegenwärtig die Öffentlichkeit beschäftigt, ist die Frage der Verlängerung der Handelsverträge Deutschlands mit den Staaten des Auslandes. Freunde und Gegner der Handelsverträge stehen mit gleichem Eifer auf dem Posten. Gegen ein Zustandekommen neuer Handelsverträge überhaupt sind entschieden die Agrarier. Graf Ranke, ein Führer der Agrarier, erklärte ganz offen, „und ist es weit, wenn die Handelsverträge über Bord gehen.“ Und die Agrarier schäben sich als Herren der Situation. Bei der dreißigjährigen agrarischen Vorherrschaft im Reichs-Rath, die alljährlich von den Agrariern zu fastnacht veranstaltet wird (Heiterkeit), gingen Steigerlaute durch die Reihen. Und man erklärte der Regierung entschieden, „es ist endlich wolke man Thaten sehen. Unter Thaten verstehen die Herren vor Allem eine Erhöhung der Getreidezölle, aber nicht zu knapp. Man erklärte mit harten Worten, daß ein Getreidezoll von zehn Mark pro Doppelcentner eben geeignet sei, die Produktionskosten zu decken, daß aber ein Zoll von 7.50 Mk. das Mindeste sei, was man fordern müsse. Beschcheidenheit ist eine Bier, doch weiter kommt man ohne ihr. Heiterkeit.) Werden solche Forderungen Erfolg haben? Die Bewegung gegen die agrarischen Forderungen, zu welcher auch diese große Versammlung zählt, hat vor Allem den Zweck, den Agrariern die Forderungen des Volkes entgegen zu stellen.

Warum sind wir Gegner der Erhöhung der Getreidezölle? Zunächst weil wir fürchten müssen, daß daran das Zustandekommen der Handelsverträge scheitern muß. Unter dem Fürsten Bismarck war in Deutschland die Politik der Handelsverträge ausgeprochen, rücksichtslos die Hochschuldbürokratie durchgeführt. Das unergänzliche Verdienst des Grafen Caprivi war es, solche Handelsverträge abgebrochen zu haben. Durch das System solcher Verträge wurde erst unsere gewaltige wirtschaftliche Entfaltung auf eine gesunde, sichere Grundlage gestellt. Der deutsche Kaiser sagte seiner Zeit, die Handelsverträge seien für Deutschland eine rettende That. In der geschicklichsten Weise aber äußern sich die „agrarischen Schlägen des Thrones“ über jene Handelsverträge mit ihren Förderer Caprivi. Diese Herren stellen den Vorkath nur über, wenn ihre Forderungen von der Krone erfüllt werden. Doch der König absolut, wenn er unsern Willen thut. (Beifall.)

Deutschland ist aus einem Agrarstaat zum Industriestaat geworden. Von Osten nach Westen wandernd, sehen wir die fruchtbarsten werthvollsten Entwicklung Deutschlands. Die Bevölkerung im Reich beträgt in Deutschland alljährlich 800,000. Da gibt es Lohn und Brot für diese gewaltig wachsende Lebeweltung finden. Das kann nicht die Landwirtschaft geben, sie kann auch für diese Bevölkerung nicht die notwendige Menge Lebensmittel schaffen, trotz ihrer bedeutenden leistungsfähigen Entfaltung. Wir brauchen also unbedingt die Einfuhr von Lebensmitteln vom Auslande. Andererseits ist aber auch unsere Industrie darauf angewiesen, ihre Erzeugnisse im Auslande abzusetzen und so sehen wir einen notwendigen und natürlichen Austausch von Agrar-Industrieprodukten sich vollziehen. Für den geregelten Austausch sollen die Handelsverträge nun die gesicherte Grundlage abgeben. Redner weist an der Hand der Reichsstatistik, sowie der Berichte der Handelskammern zahlenmäßig nach, daß in Folge unserer Handelsvertragspolitik eine rapide Vorwärtsbewegung unserer gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse vor sich gegangen ist. Die Zahl der Arbeiter, die Lohnsumme selbst ist gewaltig gestiegen, ebenso wie Werth und Umfang unserer Ein- und Ausfuhr. Die Auswanderung dagegen ist ganz erheblich zurückgegangen. Auch hier hat sich das Wort des Grafen Caprivi bewährt, daß wir Waaren oder Menschen exportieren müssen.

Die Agrarier suchen aus der Thatfache, daß unsere Einfuhr größer ist, unsere Ausfuhr ist, den Beweis herzuholen, daß wir uns bei den Handelsverträgen schlechter stellen als das Auslande. Sie lassen dabei außer Acht, daß zwei Drittel der Einfuhr doch Rohstoffe und Nahrungsmittel darstellen, ein weiterer erheblicher Teil Halbfabrikate und nur 17 Prozent der Einfuhr fertige Industrieprodukte, die wir zum Theil wieder als Maschinen etc. zur Produktion gebrauchen. Die Reichs-Verkaufsstelle hat bewiesen, daß die heutige Einfuhr für die Reichs-Verkaufsstelle und wer da will, daß diese Entwicklung weiteren Fortgang nimmt, der muß für Handelsverträge sein. (Beifall.)

Auch der Handel hat das größte Interesse an der Stetigkeit unserer wirtschaftlichen Beziehungen zum Auslande. Redner weist das Wort des preussischen Handelsministers, daß der Handel ein notwendiges Uebel sei, mit Entschiedenheit zurück. Blüthe könne man es mit mehr Recht umkehren und sagen, der Handelsminister sei ein notwendiges Uebel. (Lebhafter Beifall.) Rund 21 Millionen Menschen, die Angehörigen mitgerechnet wohnen in den Interessen von Handel und Industrie. Welche fürchterliche Folgen muß die Vertilgung dieser Interessen mit sich bringen. Hunderttausende werden ins Elend gerathen, zu Erzfassen und zum Betteln gezwungen. Geben wir also unsern Stimmen zum Protest dagegen, daß eine leistungsfähige Politik das Interessen angeht und gefährdet. (Beifall.)

Die ganze Opposition ist in dem Begriffe Agrarier zusammengefaßt. Als Vertreter und Förderer der gemeinsamen Landwirtschaft, auch der Millionen Kleinbauern spricht sich der Bund der Landwirthe aus. In seiner Spitze stehen die modernen „Bauern“ Graf Ranke, Graf Wurbach und alle die andern Barone, Grafen und Fürsten. Und sie wollen die Getreidezölle im Interesse der gemeinsamen Landwirtschaft erhöhen, während sie in der That nur das selbstische Junkerthum, das in den konservativen Parteien politisch vertreten wird, darstellen. Redner charakterisirt die unehrerzürnter Agrarierpolitik der Junker, die bei der Prämiensteuer 45 Millionen, bei der Zuckersteuer 32 Millionen Mark jährlich in die Taschen der Großgrundbesitzer stecken lassen. Summen, die erst aus den Taschen der Konsumenten, der Steuerzahler genommen sind. Das Fleischbeschaugesetz, das ursprünglich einen ganz vorläufigen Zweck hatte, ist auf Betreiben und im Interesse der Junker zu einem Gesetz geworden, durch welches die Einfuhr guten, gefunden und billigen Fleischs nach Deutschland verhindert worden ist. Dasselbe angeblich schädliche Fleisch vom Auslande, das in Deutschland nicht eingeführt werden darf, bekommen unsere im Auslande wohnenden beunruhigten Soldaten zu essen, ohne daß es ihnen natürlich schadet. (Beifall.)

Das Schicksal der Handelsverträge wird von der Behandlung der Getreidezollfrage abhängen. Schon jetzt droht man in den niedrigen Getreidezöllen interessierten Staaten des Auslandes im Falle der Erhöhung mit Progressivmaßnahmen gegen unsere In-

dustrie. Während Bismarck einst erklärte, auch der vorrückende Agrarier könne nie einen Zoll von 5 Mark verlangen, ist man jetzt über das Stadium solcher Verhältnisse längst weit hinaus. Die Agrarier behaupten, der Zoll vertheure das Getreide nicht, denn er werde vom Auslande getragen, Warum strengen sich denn die Agrarier um die Erhöhung so an? Sie wollen doch hohe Preise eben durch den Getreidezoll erzielen? Schon jetzt zählt eine Durchschnittsarbeiterfamilie eine Brotkiste von jährlich 30 Mk. Dazu die Belastung all der anderen wichtigen Lebensbedürfnisse mit Zöllen und Steuern. Und nun soll der Brotzoll allein auf 80, ja auf 70—80 Mk. für eine Arbeiterfamilie geteigert werden, wenn es nach dem Willen der Herren Bushmänner (Heiterkeit) geht? Das ist die Frucht einer längeren vergangenen Zeit in modernistischer Form. Und noch viel mehr haben ja die Junker auf ihrem Wunschzettel. Auf der ganzen Linie wollen sie für alle Lebensmittel neue oder erhöhte Zölle haben. Sogar auf den harmlosen Prater wollen sie Zoll legen. Ja, die Herren Junker essen ihn freilich nicht oder höchstens einmal einen „sauren Spring“. (Heiterkeit.)

Redner weist dann nach, daß rund 77 Prozent der Landwirtschaft keinen Vortheil, sondern zum großen Theil Schaden von der Erhöhung der Getreidezölle haben und zwar einerseits als Konsumenten, andererseits auch durch die weitere Steigerung der Grundstückspreise und die dadurch erforderliche höhere Vergütung. Für uns entscheidend ist, daß wir unter keinen Umständen zu Gunsten einzelner Klassen in der großen Mehrheit des Volkes untragbare Lasten auferlegen wollen. Haben dazu doch die also Begünstigten auch noch alle möglichen Vorrechte im Staate. Sie drücken die besten Stellen im Staate wie im Herr, sie erheben sich im abeligen Hochmuth weit über die Bürgerlichen, sie glauben zum Herrschen geboren zu sein, während die Mütter und Schulkinder, die Tugauer und Wiemer (Große Heiterkeit) zum Dienen und Gehorchen da sind. Wir aber fordern für Alle das gleiche Recht.

In dem Kampfe gegen die Erhöhung der Getreidezölle werden wir allein stehen. Die Regierung des Grafen Bismarck und des Herrn Caprivi steht auf Seiten der geliebten Agrarier. Aber wenn die Agrarier so erfolgreich schreiben können, so können und sollen wir das auch. Und wenn wir die Oberen nicht bewegen können, so wollen wir das Volk aufrufen. Und wo das Volk sich rührt, da hat es auch Erfolg. Das hat die Zuchtanstalt, die Betriebsgeheimnisse, die lax Feindschaft und andere erfahren. Das Volk soll sich warnen mit dem herrigen Trost des Junkerthums. Gegen die Erhöhung unserer wirtschaftlichen Entwicklung, gegen den Brotwucher, für verständige, gerechte Wirtschaftspolitik, für die hohen Interessen des allgemeinen Volks, das sei die Forderung! (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Darauf betrat der Reichstagsabgeordnete für Breslau-Ost Franz Tugauer die Rednerbühne, von der Breslauer Arbeiterschaft mit stürmischen, schier endlosem Beifall willkommen geheißen. Als der Jubel sich gelegt hatte, führte unser Tugauer Folgendes aus:

„Männer und Frauen von Breslau! Wir haben heute das seitene Vergnügen, in imponirender Menge wieder einmal vereinigt zu sein und Vertreter verschiedener Parteinrichtungen sprechen zu hören. Es freut mich, daß unter der heutigen Tagesordnung stehendes Thema ein solches ist, das Meinungsverschiedenheiten gewichtiger Art unter den Anwesenden nicht zu erwarten sind. Bei einer Frage von solch bedeutender Wichtigkeit, wie die Kornzollfrage, muß man an das Volk appelliren. Dies ist das beste Mittel, um ein drohendes Uebel zu verhüten. (Bravo!) Gerade die Sozialdemokratie hat stets das Volk in Massenversammlungen zu den Waffen gegen seine Unterdrücker gerufen. Und gerade Vorträge, die sich ausschließlich gegen die Sozialdemokratie richteten, gerade solche waren es, gegen die sich der Unwille des Volkes richtete. Ich erinnere nur an das heute noch völlig mangelhafte Vereinsgesetz, an das Schilling'sche Schillinggesetz, die Zuchtanstaltvorlage, jenes Sozialistengesetz im Kleinen. Sie alle wurden durch den Ansturm des Volkes selbst zu Falle gebracht. Gerade bei den genannten Gesetzen hat es sich klar und deutlich gezeigt, daß die maßgebenden Faktoren es in solchen Fällen nie gewagt haben, gegen den Willen des Volkes Stellung zu nehmen. (Bravo!)

Wieder einmal handelt es sich um einen empfindlichen Angriff gegen das Wohl des arbeitenden Volkes. Das Wort, so häufig werden? Im Jahre 1879 wurde der Anfang gemacht mit 50 Prozent Zoll für den Doppelzentner Getreide; der im Jahre 1885 trat ein Zoll von 3 Mk. Der Appetit war den Herren Junkern eben mit dem Essen gekommen. Die nothleidenden Agrarier brauchen Geld, um ihre Strohdächer auszuflicken. So wurde schon wieder 1887 der Zoll auf 5 Mk. erhöht. Eine Wendung zu Ungunsten der Agrarier trat mit dem Jahre 1890 ein, als Reichskanzler Graf Caprivi das Gesetz Bismarck's übernahm. Eine große Enttäuschung empfand die in den Reihen der nothleidenden Junker. Von dem die Sozialdemokraten waren es damals, die einstimmig für die Handelsverträge Caprivi's eintraten. Sie wichen darauf hin, daß für die deutsche Industrie neue Abgabengebiete geschaffen werden müßten, und dies konnte nur durch die Handelsverträge geschehen. Der Erfolg zeigte sich äußerlich zunächst darin, daß die Auswanderung bedeutend abnahm.

Freilich haben auch die Handelsverträge hereinbrechende wirtschaftliche Krisen nicht verhindern können. Solche Krisen hat es in gewissen Zwischenräumen stets gegeben, und Niemand wird sich der Erkenntnis verschließen können, daß wir auch heute im Beginn einer schweren wirtschaftlichen und Handelskrise uns befinden. Ich erinnere nur an die Krisen in Berlin, bei denen zur Zeit heute bereits anderthalb Mal soviel Arbeitskräfte erwerbslos sind, als im Jahre 1900. Wie gelangt, auch die Handelsverträge werden eine wirtschaftliche Sanierung der bestehenden wirtschaftlichen Katastrophen nicht bewirken können, nur durch die Beseitigung der kapitalistischen Produktion werden wir uns vor wirtschaftlichen Krisen mit Sicherheit zu schützen vermögen. Trotzdem aber müssen auch wir Sozialdemokraten für die Handelsverträge eintreten, da sie auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft dem arbeitenden Volke noch die relativ größte Sicherheit gegen die Ausbeutung durch das Junkerthum und die spezifische Agrarierherrschaft bieten.

Als die Kornzollfrage der Herr Caprivi zu Grunde gekommen waren, da hat die Agrarierherrschaft, von interessierter Seite, um sie die alte Stande...

Vertriebene Befürchtungen gewesen. Wer hat wohl so waffen wir fragen den einzigen Vorherr von den Jollen? Nur das in der Hand der Landwirte, da hat unter dem Herrschaft der Herrschaft in Kontern erklärt, die Agrarier müssen schreien und nachmals schreien und immer wieder schreien. Was wenn man der Agrarier Gesetze nicht hören, dann müssen sie unter die Sozialdemokraten gehen. Aber sie sind nicht unter die Sozialdemokraten gegangen. Wir Sozialdemokraten denken auch für diese Gesellschaft. Wir werden auch ohne diese Herren weiter kommen. Was bedeuten diese Leute denn? Eine kleine Hand voll Menschen ist es, 25000 Personen, die es wagen, durch eine maßlose Erhöhung der Kornzölle das ganze Volk zu schädigen und 50 Millionen Volksgenossen unter ihr Joch zu zwingen. Das Volk soll bluten, damit sie im Wohlsein schweigen können. Gewiß, es gibt auch Wohllebende unter den Bauern. Die Lage des Kleinbauern ist vielleicht in vielen Fällen eine ebenso gefährliche wie die des Kleinhandwerkers. Sie leiden eben auch unter dem Druck der kapitalistischen Produktionsweise. Aber die Agrarier, welche am meisten schreien, sind nicht die Kleinbauern. Gewiß mögen bei der vor wenigen Tagen im Reichstag abgehaltenen Agrarierparade auch eine ganze Menge kleiner Bauern anwesend gewesen sein. Aber sie sind nur durch den Hauerlang angelockt worden. Es geht ihnen ebenso wie den Genossenschaftlichen, die das soziale System zu schätzen angeht, heiß bereit ist. Wie man aber in den Kreisen der Handwerker immer mehr zur Erkenntnis kommt, daß die Zwangsverpflichtung ein Messer ohne Klinge und Heft sei, so dämmert auch unter den kleinen Bauern die Erkenntnis auf, daß nicht die großen Agrarier es sind, denen sie die Vertretung ihrer Interessen anvertrauen können, daß es eitel Schwindel ist mit der Bedeutung der Kornzölle für die Landwirtschaft.

Nur die Schreier im Kreise, die adeligen Junker, werden Nutzen von den Jollen haben, eine Leute, in deren Händen sich das weisse Ackerland befindet. So besteht der Fünftel von Reichthum 70,000 ha Acker, der 1/2 von Braunschweig 40,000 ha, während zu den kleinsten 1/2 von 1000 ha. Gerade diese Leute sind es, welche die bewährtesten Agrarier sind, die Roth der Landwirtschaft anstimmen. Doch das Arbeit-volk wird sich nicht täuschen lassen, es weiß genau, daß es geschädigt werden soll, und gegen diese beschämte Auslassung wird es sich mit aller Kraft zu wehren wissen. Wo aber unsere Agrarier bleiben die „wohllebenden“ Agrarier schon unterhalb? Wen ge landwirtschaftliche Agrarier gibt es, wo die Roth schon laßt. Auch die Grund- und Gebäudebesitzer hat man zu Gunsten der Agrarier abgelehnt, während die Arbeiter nicht das geringste davon gehabt haben. Ich erinnere Sie ferner daran, meine Herren, wie es die Junker verstanden haben die Schulden von sich abzumachen. Denken Sie weiter an jene Liebesgabe von 25 Millionen Mark, die man auf Kosten der arbeitenden Volkes den Agrarier, den großen Schnapsbrennern in die Taschen schützte. Jene Leute, die sich nicht genug thun können in moralischer Enttäuschung über die Trunksucht unter den Arbeitern. (Sehr richtig! Bravo!) Ehemalige Grundbesitzer sind die Herren; denn sie allein haben einen Vortheil von der Verbreitung der Trunksucht, und in seinem Innern wünscht Jeder von ihnen auf ganzem Herzen, es möchte jeder deutsche Staatsbürger ein Säufer sein. (Bravo!)

Durch die Statistik ist es nachgewiesen, daß die Trunksucht nicht ungenügend ist. Wohl aber haben die Trunksucht, die Verbreitung, die Rohheit und Erosionsergebnisse immer zugewachsen nach einer maßlosen Erhöhung der Lebensmittelpreise. (Sehr richtig!) Wir hungern nun, der Arbeit auch viel über zum Schnaps, und seine Partei bekämpft den Schnapskeufel mehr als die Sozialdemokratie mit ihrem rassistischen Bilde, die Lebenshaltung der Arbeiter zu haben.

Noch auf eine Frage muß ich näher eingehen. Man hat von schuppigen Seiten viele Angriffe gegen Agrarier, vornehmlich die soziale Arbeiterkraft von den Lebensmittelpreisen nur Nutzen haben können. Man sagt da immer, diese Jolle seien nötig, um es den landwirtschaftlichen Unternehmern zu ermöglichen, durch bessere Löhne und dergleichen die Lebenshaltung ihrer Arbeiter zu erhöhen. Ich behaupte, meine Herren, daß dies nicht wahr ist. Kein Unternehmer giebt freiwillig dem Arbeiter mehr Lohn. Auch der Agrarier wird es nicht thun, selbst wenn die höchsten Jolle in seine Taschen fließen. Will man endlich den landwirtschaftlichen Arbeitern helfen, so gebe man ihnen das volle Wahlrecht und beleihe die soziale Gesundheitsordnung, wie dies in neuer Absicht für die Sozialdemokratie fordern. Sie zeigen sich es zur Zeit um die politische Freiheit der Landarbeiter aus: sie können kein Vereinsleben, sie dürfen keine Versammlungen abhalten, wenn sie nicht in den Reihen wandern wollen. Man sagt über die Landwirtschaft und die Leistungen auf dem Lande. Man gebe den landwirtschaftlichen Arbeitern mehr Freiheit, und es wird besser werden, aber nicht durch eine Erhöhung der Getreidezölle. (Bravo!)

Für eine Arbeiterfamilie von 5 Köpfen — die meisten Arbeiter haben eine größere Familie — bedeutet der Roggenzoll schon in seiner jetzigen Höhe eine Belastung von 30 Mk. jährlich. Ein Arbeiter, der zwei Mark am Tage verdient — und das ist keine Seltenheit — muß also schon jetzt 15 Tage lang im Jahre arbeiten, um dem Junker den Tribut zu entrichten. Wenn nun aber die Jollhöhe mehr als verdoppelt werden sollen, wie viel Tage im Jahre wird dann der Arbeiter den Agrarier froh bringen müssen? Solch furchtbar hochgehendes Anstehen dieser modernen Raubritter wird sich der Arbeiter merken. Warum erhöht man nicht die direkten Steuern? Ja, das würde der Arbeiter gleich merken; die indirekten Steuern aber bezahlt er, ohne es im Augenblick zu merken. Sie wird eingetrieben, ohne daß der Steuererheber oder der Gerichtsvollzieher ins Haus kommt. In Wahrheit aber ist die Getreidesteuer die ungerechteste Steuer, die es giebt, und darum muß der Ruf erschallen: Fort mit den Kornzöllen! (Langanhaltendes Bravo!) Wir stehen hier auf einem anderen Standpunkte, als die Freisinnigen. Wir bekämpfen nicht nur die Erhöhung der Kornzölle, sondern unsere Parole lautet: Fort mit allen Lebensmitteln! Adressen jeder Art (Sachliche Beifall) Aber nicht nur im Reich sollen diese Jolle verschwinden, auch in den Provinzen wie in Breslau. Auch hier lautet unsere feste Forderung: Weg mit der Schladitzsteuer! (Beifall). Der Kampf gegen diese Steuer muß sich die Breslauer Stadtverordneten ein heiliger Kampf sein. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten aber werden die Vorkämpfer in diesem Kampfe sein.

Noch einmal muß ich darauf hinweisen, daß die Lebensmittelpreise am bräutlichsten auf den Arbeitern lasten. Je höher die Arbeiterfamilie, um so größer der Druck, den die Kornzölle ausüben. Ein Arbeiter mit 900 Mark Einkommen ist außer Stande, eine solche Steuer, wie sie die Junker wollen, zu bezahlen. Und solche Bluthänen will sogar das Zentrum dem Volke auferlegen, jene Leute, die ihre Anhänger tagtäglich zu beten auffordern: „Unser täglich Brot gib uns heute!“ Christus, der Herr und Meister! Jener Leute soll ein die Arbeiter und Arbeiter im heiligen Horne zum Tempel hinausgeragt haben. Nun, ich bin der festen Überzeugung, wenn Christus heute lebte, und er sähe das drohende Treiben seiner besonderen Anhänger, er würde andere Leute zum Tempel hinausjagen; und diese Leute sehen wir in den Reihen des Zentrums. Er, der Christus, würde sich ohne Hören in die Reihen jener stellen, welche die Kornzölle bekämpfen. (Bravo!)

Doch noch einmal zu den Agrariern. Sie wollen wohlthätig sein? Woher kommt denn diese Roth? Von der Ueberhebung der Güter. Und worin hat die ihren Grund? Im Schlemmerleben der Junker! Der eigentliche Bauer ist Bauer von Jugend auf. Der Gutsbesitzer aber, der seine Leibeigenschaft in einem verabschiedeten Kavallerieregiment verbracht hat, geht noblen Passionen nach. Wenn sie selbst Bauern sein wollten, dann würde viel von dem Gehalt der Agrarier verkommen. Wenn heute in den Städten ein Arbeiter arbeitlos wird und in Folge dessen die häßliche Suppenanstalt in Anspruch nimmt, dann zeigt man ihm das Bildrecht. Wenn man aber Leuten, denen es wirtschaftlich sicher lange nicht so schlecht geht, wenn man den 25000 Agrariern vier Mark mehr aus der Tasche des Volkes giebt, dann denkt Niemand daran, ihnen das Bildrecht zu nehmen. Im Gegentheil, sie haben noch eine ganze Reihe von Vorrechten. Der häßliche Protest gegen die Ueberhebung des Junkerthums ist der schärfste Kampf gegen den Volksthum. Die Bürger und Arbeiter von Breslau werden sich mit eben solcher Entschlossenheit gegen die Erhöhung der Kornzölle protestieren wie dies in Berlin und anderen Großstädten der Fall war. Überall in deutschen Landen muß der Ruf erschallen: Fort mit dem Brotwucher, fort mit den Kornzöllen!

Minutenlang anhaltender stürmischer Beifall bewies, wie sehr die Breslauer Arbeiterschaft mit den Ausführungen dieses Reichstagsabgeordneten einverstanden war, bei ihnen zum Schluß vorschlug, die in Berlin in mehr als 30 Versammlungen angenommene Resolution zu ihrer Verwirklichung zu machen, deren Wortlaut unteren Lesern noch aus der letzten Freitagsnummer der „Volksmacht“ bekannt sein dürfte.

Rechtsanwalt Dr. Meißner:

Dem Wunsch des Vorredners, auch ein Gegner der Handelsvertragspolitik rüge sich er zum Danke melden, kann ich nicht Folge leisten. Ich stehe im Wesentlichen auf demselben Standpunkte, wie die beiden Vorredner und möchte nur erklären, daß dieser Standpunkt, die Abneigung gegen jede Erhöhung der Lebensmittelpreise auch in Kreisen, die nicht sozialdemokratisch denken, und die nicht der freisinnigen Volkspartei angehören, geteilt wird; daß in diesen Kreisen der Wunsch nach Fortführung der Handelsvertragspolitik überaus lebhaft ist. Ich kann diese Erklärung hier zunächst nur für die freisinnige Bewegung abgeben, weiß aber, daß dieser Wunsch auch geteilt wird bei Parteien, die noch

weiter rechts stehen, wie z. B. den Nationalliberalen. Auch wir geben uns der Hoffnung hin, daß diese Volkswirtschaftler schließlich die drohende Gefahr ihrer Väter auch in das Ohr von Männern tragen, die die Geschichte unseres Volkes kennen. Ich hoffe auch, daß Graf Bälou doch noch einsehen wird, daß seine Blide nicht nur nach jenen Leuten richten dürfe, mit denen er für die Volkswirtschaftler. Ich hoffe, daß er auch auf die Stimme der Volkskassen hören wird. Aber da wird Graf Bälou wohl an das Schicksal seines Amtsvorgängers Caprivi und an das des stärksten Hohenzollern denken. Er wird sich erinnern, daß der Name Caprivi der am meisten geheißelt den Junkern ist, ja, daß dieser Name beflucht ist bei ihnen. Diese Umgebungen des Volkes aber mögen den Grafen Bälou an jenen erglänzten Staatsmann erinnern, der in Großbritannien die Kornzölle abschaffte, an jenen Staatsmann Robert Peel, der da sagte: „Ich weiß sehr wohl, daß mein Name beflucht wird von jenen Leuten, die ihre eigenen Interessen auf Kosten des Gemeinwohls fördern wollen. Ich gebe mich aber der Hoffnung hin, daß mein Name dafür ein gewisses Wohlwollen finde in jenen Kreisen, die von der Abschaffung der Kornzölle eine Besserstellung ihrer Lebenshaltung zu erwarten haben, in den Kreisen jener Armen, denen das wichtigste Lebensmittel erst jetzt zu Nutzen kommen wird.“ Wüßte Graf Bälou an jenen Staatsmann denken und dann Rücksicht gegen die Wünsche und das Drängen der Volkswirtschaftler finden. Die zahlreicheren kleineren Unternehmer und Handwerker aber, die bisher indolent dahingelassen und glaubten, uns kann ja nichts passieren, sie mögen endlich aufwachen und mit uns Front machen gegen diese Verschlechterung ihrer Lebenshaltung, bevor sie gar unangenehm von ihr geweckt werden. Sie Alle mögen noch bleiben und des lateinischen Dichterswortes eingedenk sein: „Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie vorher mit Blindheit.“

Dr. Borgius:

Der Abgeordnete Tuhauer hat darauf hingewiesen, daß heute ausnahmsweise Vertreter von zwei Parteien über dasselbe Thema in demselben Sinne zu reden Gelegenheit haben. Ich kann als Vertreter einer dritten Partei in dem gleichen Sinne mich äußern. Auch die Breslauer Nationalliberalen sind Anhänger der Zollvertragspolitik. Herr Professor Kaufmann hatte den Wunsch, heute hier persönlich zu erscheinen. Er ist aber in letzter Stunde durch dienstliche Geschäfte an der Ausföhrung verhindert und hat mich ermächtigt, in seinem Namen diese Erklärung hier abzugeben. Gegen die Sonderinteressen, für das Gemeinwohl des deutschen Volkes! Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, wie unwahr die Behauptungen der Agrarier sind, wie unwahr es ist, wenn sie sich damit rühmen, daß sie die deutsche Landwirtschaft verteidigen. Kürzlich stellte einmal der Herr Major von Schütz fest, daß etwa 85 Prozent der deutschen Viehzucht in den Händen der Kleinbesitzer sich befinden. Der Major von Schütz ist auch Mitglied des Bundes der Landwirthe. Ich hatte nun kürzlich Gelegenheit, in der Gegend von Minden mit einer Anzahl von Kleinrentneren bäuerlicher Landwirthe zu reden und fragte sie, weshalb sie denn eigentlich dem Bunde der Agrarier angehörten. Darauf erhielt ich die Antwort: „Ja wir haben ja eigentlich nichts davon, aber die Leute aus Ostelbien haben uns angebroht, wenn wir uns nicht den Bundesbestrebungen anschließen, dann würden sie allesamt Schweinegucht einföhren und wir hätten dann die Konkurrenz und müßten zu Grunde gehen. Da machen wir halt mit!“ Sehen Sie, mit solchen Mitteln arbeitet der Bund der Landwirthe, der sich dann die Vertretung der kleinen wohlhabenden Landwirthe nennt. Bedner weiß sodann stattdessen nach, daß man dem deutschen Volke das Brotgetreide um die Hälfte seines Werthes verschonern wolle, lediglich, um einer kleinen Winterzahl von Personen die Taschen zu füllen. Das sind dieselben Leute, die sich die Stützen von Thron und Staat nennen, die die Interessen der Nation zu schützen vorgeben und die damals, als die nationale Flotte auf der Tagesordnung stand, hinterherum schlücheln und baten: Stimmt doch gegen diese häßliche Flotte! Um jenen Herren zu zeigen, daß das Volk nicht gekommen ist, sich zum Spielball ihrer Launen zu machen, hat sich eine Gegenorganisation gebildet, um jeden Schlag des Agrarierbundes mit einem Gegenschlag zu beantworten. Es ist der Handelsvertragsverein, und als Vertreter dieses Vereins, nicht als solcher einer bestimmten Partei, habe ich diese Erklärung hier abgegeben. Gegen die beuteltüftigen Junker, die die vitalsten Interessen der Nation schädigen, ist unbedingt nötig ein starkes Gegengewicht, das diejenigen Parteien, die auf den Volksmassen basieren, stellen müssen. (Beifall.)

Stadtverordneter Bruhns:

Trefflich haben die Herren Vorredner das Wesen und die Verbreitung der Junker her charakterisiert. Ich möchte nun Ihre Antwortkomit noch auf eine andere Erscheinung richten, nämlich auf die Junkerstruppe, welche sich unter dem Namen Konföderation in den Großstädten breit macht. Auch Breslau ist damit reichlich versehen. Es vor einigen Tagen unsere Stadtverordnetenversammlung sich mit dieser Position gegen die Junker der Götter besetzt hat, da

Gottbegnadet.

Roman von Konrad Teilmann.

41) Aber es ist viel, Herr, weit mehr als unsern Verhältnissen entspricht. Wir werden eine neue Hypothek aufnehmen müssen, um Alles zu decken und Geld für unsere Reise übrig zu behalten. Deshalb muß es das letzte Mal gewesen sein, plante ich.

Weiter war nicht mehr die Rede von der Sache. Aber gerade diese fähle, fast verächtliche Miene, mit der Thea sie behandelte, blieb bei Thea und unbehandelt für Harry. Er fragte jedoch nicht weiter, er war daran gewöhnt, daß Andere für ihn handelten. Den Anreden spielte er mit viel Selbstgefälligkeit, ohne sich an dem Hintergedanken zu beteiligen. An seine Mutter schrieb er lange Briefe, die Thea nicht zu lesen bekam. Es war ihm offenbar Bedürfnis, sich ihr gegenüber auszufragen, obwohl er im Grunde sich nicht recht wußte, weshalb und weshalb.

Dann reiste man in den ersten Septembertagen an den Genier See ab. Harry war in bester Stimmung. Und auch Thea's Seele war von freudigen Hoffnungen gezeichnet. Natürlich war das, was nun hinter ihnen lag, die Erde gewesen, und sie gingen leichteren Schritts entgegen.

II

Man war wieder in Berlin, als die Gesellschaftsreisen anging. Harry war in Montreux völlig genesen. Als er nach mehrwöchentlichen Anwesenheit dort zum ersten Mal, nicht ohne ein Gefühl der Besorgnis, seine Stimme wieder zu erheben wagte, ergab sich, daß sie voller und kräftiger klang als je.

Anfangs hatten sie sehr still und zurückgezogen gelebt. Harry langte ein schwermüthige Leidensdame zur Schau und gefiel sich in Mühseligkeiten. Dessen war es eine glückliche Zeit für Thea. Sie hatte sich vorgenommen, hier in der Stille sich ihren Gatten zurückzugewöhnen, und ihre sich immer gleichbleibende Liebe und Zuneigung, die Geburt, mit der sie alle seine wechselnden Launen ertrug, trübten ihn häufig in der That. Auch für sein Kind, das förmlich geistig, genau Harry hier mehr Jutereffe. Aber das Alles ging rasch vorüber, seit man angefangen hatte, ihm Schmeicheleien zu sagen, für die er nicht nur immer empfänglich war, sondern die er sogar so notwendig zu brauchen schien wie das tägliche Brot. Er war wieder für Frau und Kind verloren, seitdem er sang. Er wurde eitel und selbstgefällig, er frag seine alten Mädchen wiederum an, er tolerierte und ließ sich annehmen. Für jede ernsthafte Thätigkeit war er verloren. Uebrigens sang er ausdrucksvoller als je, und es war, als ob die längere Ruhepause seine Gesangsstimme noch gereinigt und vertieft hätte.

Dann schante er sich mitten in seinen Montreuxer Triumpfen plötzlich nach Berlin. „Mein Ruf ist mir hier zu woof!“ jagte er zu Thea, „und was will man mich auch schon für alle möglichen Unzulänglichkeiten zusammen mit den blühenden Dilettanten

prüfen. Dabei gab ich schließlich nach. Ich fühlte: ich muß wieder nach Berlin. Ich muß Andere fragen hören, um mir danach selber klarzumachen, ob ich wirklich noch Genesung kann. — hier ist es mir so leicht gemacht, an mich zu glauben.“

Und Thea gab nach. Sie glaubte an ganz andere Motive für sein Betragen, vornehmlich. Da er häufig Briefe von seiner Hand erhielt und auch sonst dem Ansehen nach wiederholte Blicke fernwährend ausgeteilt war, nahm sie an, daß ihm der Boden zu heiß zu werden begann und daß er sich in eine reinere und höhere Atmosphäre zu setzen wüßte. Sie war auch sonst mit der Köreile einverstanden, da man den Jodel des Montreuxer Kurortens als ja erreicht hatte und derselbe bei dem künftigen Götterleben, das Harry führte, einen größeren Wohlstand ererbte, als ihrer Minderer ererbte. Nur wäre sie gern nach Venlon zurückgegangen. Sie wußte auch keinen Grund, warum man es nicht thun sollte. Aber Harry kam der Gedanke an solche Rückzüge gar nicht. Als er einmal eine Andeutung daraufhin machte, schüttelte er sich. „Dah! Im Winter auf Venlon! Na, und von da dann wohl gleich direkt ins Parrenhaus, denn schließlich würde man doch überhört davon. Ja, das kommt ich gar nicht in Betracht.“

Dann war man nach Berlin gegangen, da Thea keinen weiteren Widerstand dagegen erbot. Im Vorjahre hatte man mit Frau Lydia von Zumbach in gleichen Hause gewohnt, da es sich so getroffen, daß eine Frau dort zur Winterzeit hergekommen war. Diesmal hatte Thea es geradezu zur Bedingung gemacht, daß man das Gleiche nicht wieder thun würde. Sie hatte zu Harry immer den sich aus solchen Zusammenhängen ergebenden Unzulänglichkeiten gekümmert. Und nach dem Abschied von Lydia's von Venlon wurde sie als Bedingung vor ihr. Diese Stunde würde die alte Frau ihr sehr wohl zu verstehen.

Uebrigens war Harry ganz damit einverstanden, daß man eine getrennte Wohnung nahm. Er wäre am liebsten in einem Gasthof geblieben. Man wußte aber schließlich eine Wohnung im Westen, die von der Frau Lydia's nicht weit entfernt lag. Als man sich eingerichtet hatte, wußte Thea für einige Zeit nach Venlon, um dort nach dem Rechten zu sehen und sich über den Stand der Dinge zu unterrichten. Auch ein kurzer Besuch bei ihren Eltern wurde mit diesem Anschlag verbunden. Nach ihrer Rückkehr erfuhr Thea auch wieder als vorher, aber für Berichte nichts über die Ereignisse ihrer Heimreise und Harry trug mit keinem Wort davon. Ein Jutereffe für die Zahlener Angelegenheiten hatte er ja nie bekommen.

In Berlin hatte er sich während Thea's Abwesenheit schon vornehmlich angelehnt. Thea fand ihn immer in jener wirren Unruhe, welche das Gesellschaftsleben mit sich brachte.

Frau Lydia kam ihrer Schwägerin mit vornehmer Zurückhaltung, aber nicht unheimlich entgegen; mit nichts verrieth sie, daß sie ein mit binnerem Groß von ihr getrieben war. Thea war durch Haushalt und Kinderpflege beschäftigt, während Harry seinen zahllosen Verpflichtungen gerecht zu werden suchte, was ihm nach seiner eigenen Angabe niemals gelang. Thea hatte sich in Berlin Alles von Bekannten gesammelt, die man ihre Anwärter gelte

machten! Die Einladungen jagten sich geradezu. Und auf jeder Einladung wurden neue Beziehungen angeknüpft und neue Verpflichtungen eingegangen. Wenn Thea durch häusliche Pflichten, oder ihres Kindes wegen, zu Hause zurückgehalten wurde und Lydia an Harry's Arm in die strahlenden Gesellschaftsräume irgendwo eintreten konnte, war offenbar einer der glücklichsten Momente ihres Daseins gekommen. Ihr Anblick leuchtete dann förmlich vor innerer Zufriedenheit. Die Triumphe ihres Sohnes empfand sie alle mit, sie kostete sie förmlich von Grund aus. Ihr konnte es auch nie ein Juwel derselben geben, sie machte ihn vielmehr aufs Neue an, zu glücken und sich zu zeigen.

Eine Kinderkrankheit der kleinen Lydia, die zwar nicht gefährlich anzuwar, aber doch längere Zeit hindurch unheimliche und furchtliche Plage erbeidete, hielt Thea Wochen hindurch von jedem geistigen Treiben fern, und das gerade in einer Zeit, wo Harry seine größten Triumphe feierte und überhaupt keinen Abend mehr zu Hause war — zu Hause sein konnte, wie er veriderte. Die Gatten sahen sich fast gar nicht mehr. Die Gemeinsamkeit mit Thea hörte mehr und mehr auf.

Es kam hinzu, daß dies aufregende Gesellschaftstreiben und die ungeordnete Lebensführung überhaupt, Harry sehr nervös machten. Er war, wenn er nach Hause kam, immer gereizt, mißlaunig und verstimmt, eine Bagatelle brachte ihn in Wuth. Das kränkliche und daher unruhige Kind mochte er gar nicht sehen, er hielt das nicht aus. Der Zusammenhang mit Familie und Haus wurde immer widerlicher. Wenn Thea ihm gar von Venlon sprechen wollte, hielt er sich mit beiden Händen die Thren zu.

Rast immer wurde in den Zeitungen, die über Harry's Aufstehen berichteten, das Wort „gottbegnadet“ gebraucht, das Harry selber gleichfalls im Munde zu führen pflegte. Thea empfand dabei stets einen Stich in der Brust. Was es wirklich eine „Gnade“ des Himmels, die Harry mit der Vereidung seiner Stimme zu Theil geworden, und nicht vielmehr ein Fluch, unter dem seine Maimenswürde und ihr Glück mühevoll zu Grunde gingen? Es mochte Thea sein, so zu denken, und doch konnte sie sich mit aller Macht vor dessen nicht erwehren.

Tiefe Stimmungen kamen ihr, wenn sie lange, einlam Stunden am Rande ihres Kindes lag, während Harry fern war und sich in der Gesellschaft anderer Frauen in all seinen glänzenden Eigenschaften zeigte. Sie hatte sich das Alles früher ganz anders gedacht. Noch als er damals krank geworden und nur ihre aufopfernde Pflege ihn gerettet, hatte sie an eine Wandlung, an bessere Zeiten gedacht, die nun kommen würden. Statt dessen war es schlimmer und schlimmer geworden. Sie fühlte es, daß er ihr entfremdet wurde, daß sein Herz ihr nicht mehr gehörte. Ohne daß er es ihr zu verrathen brauchte, wußte sie, daß er kein Verlangen mehr nach ihr trug, daß eine wirkliche Ehe zwischen ihnen nicht mehr bestand.

wagten einige dreißig Stadtverordnete, diesem Antrag Widerstand zu leisten. Offen und frei wagten die Herren freilich nicht für die Beibehaltung des Brotes einzutreten, sie verkrochen sich wie blasse Wüter in dem lächerlichen Vorwand, daß es sich hier um eine politische Sache handle, mit der man sich in der Stadtverordneten-Versammlung nicht beschäftigen dürfe. (Geleitet, Rufe: „Geheiß!“) Weder weist darauf hin, wie sehr die Stadt, ihre Hunderttausende arme Bewohner, ihre Beamten u. s. w. an der Frage billigen Brotes interessiert sind. Den Sozialdemokraten weist man unwahrer Weise Feindschaft gegen den Mittelstand vor. Diese selbe Junterkassette aber will angeblich dem Mittelstand helfen und verteuert dem Handwerker das Brot und die Löhne, verschleiert ihm die Beschäfte durch eine unerhörte Steigerung der Getreidepreise. Solche Leute haben kein Recht, sich geschäftliche Vertreter und gar Leiter des Mittelstandes zu nennen. (Lebhafter Beifall.) Wir aber haben unseren Kampf sowohl gegen die Junter wie gegen ihre geschäftlichen Freunde und Helfershelfer zu richten. Sie sind die gefährlichsten Feinde des deutschen Volkes! Sie nehmen uns nicht nur unsere Nahrung, sie rauben auch unsere Volkswirtschaft. Nur die politische Vertretung der Junter, die Konserwativen, waren einhellig für die unerhörte Sachverwalter. Die Junter sind stets für Ausnahmemaße, suchen immerfort die politischen wie die gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten der deutschen Arbeiterschaft zu beschneiden und sind die grimmigsten Feinde des deutschen Arbeiters. Sie wollen die Arbeiter an Händen und Füßen knebeln, um sie ungehindert ausbeuten und andrücken zu können. (Beifall.) Unsere Schulen möchten sie uns nehmen, sie lassen die Volksschulen, sie können nicht freie, gebildete Menschen, sondern nur Vieh gebrauchen. (Lebhafter Beifall.) In großem Widerspruch zu ihrem angeblichen Patriotismus steht der von den Juntern betriebene Brodwort. Die Arbeiter sehen sie als internationale Geißel an, in Wahrheit sind aber diese die mahnen Patrioten, denn sie kämpfen dafür, daß jeder, der seine Pflicht als Mensch, als Bürger, als Arbeiter erfüllt, im deutschen Reich ein wirkliches Vaterland hat. Das Recht wie gleiche Pflichten, findet. (Lebhafter Beifall.) Kämpfen wie gegen diesen gefährlichsten Feind des Vaterlandes, das Juntertum! Eine zehnjährige Erfahrung im öffentlichen Leben hat mich den Glauben an die Macht der Agitation gelehrt. Schreiben wir, schreiben wir, agitieren, organisieren wir, formieren wir die Bataillone zum Kampf, der Sieg muß unser werden. Lassen Sie mich mit einem etwas parisierten Wort des alten Marschall „Vorwärts“ schließen:

Wo steht der Feind? Der Feind? Dort! Die Faust darauf! Den schlagen wir!

(Stürmischer Beifall)

Abgeordneter Dr. Wiemer

betonte in seinem Schlusswort noch einmal die Notwendigkeit eines einmütigen Vorgehens aller Deutschen, die gegen die Bevormundung des Volkes durch eine Junterkassette sich wehren wollen. Jeder hat die Pflicht, im Interesse seiner selbst, seiner Familie, seines Volkes, sich um das Banner der Freiheit zu scharen und mitzumachen im Kampf für Freiheit und Recht. Weder soll es mit dem kammenden Aufbruch, den unsere Genossen wahrheitsgemäß aus der Reihe „Sozialdemokratischem Ueberbuch“ kennen:

Laßt die Banner fliegen,
Währet der Streit auch lang,
Recht und Freiheit siegen
Ueber Noth und Drang.
Wenn in deutschen Landen
Alle frei und gleich,
Dann erst ist erkunden
Neu das deutsche Reich!

Nun schlug Herr Wiemer, um beiden Theilen gerecht zu werden, eine Kompromißresolution vor, die den ersten Theil der sozialdemokratischen mit dem Schlußsatz der freisinnigen vereinte und nach einigem Parlamentiren auch von der Versammlung angenommen wurde. Da nun aber in derselben die Erklärung noch nicht enthalten war, daß die Versammlung gegen jeden Zoll zu stimmen gesonnen war, wurde aus der Mitte heraus die Abstimmung über den Schlußsatz der ursprünglichen sozialdemokratischen Resolution verlangt, welche Wünsche Genosse Lugaer rednerisch vertrat. Derselbe Wald von Händen hob sich auch hierbei. Die angenommene Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Die Getreide- und Lebensmittelzölle sind die drückendste und ungerechteste Last, die dem arbeitstüchtigen Volke auferlegt wird. Die Getreide- und Lebensmittelzölle verheuern die Lebenshaltung der Massen im ungünstigsten Verhältnis zu ihrem Einkommen. Die Getreide- und Lebensmittelzölle bilden ein Hindernis für die industrielle Entwicklung, an der die übergroße Mehrheit der Nation in stetig steigender Maße theilhaftig ist, insofern sie verhindern dieselben den Abschluß günstiger Handelsverträge mit anderen Staaten. Getreide- und Lebensmittelzölle stehen also im Widerspruch unserer Lebens- und unserer Kultur, die den erleichterten Austausch der Erzeugnisse aller Völker fordern. Die Versammlung erklärt, daß an der Handelspolitik des letzten Jahrzehnts, welche Deutschlands wirtschaftliches Gedeihen in einer bisher unerreichten Weise gefördert hat, unbedingt festgehalten werden muß. Die Interessen weiter Volksschichten, welche durch eine verheerende Handelspolitik und die Lebensmittelzölle überhaupt schwer getroffen werden, dürfen nicht den Wünschen einer kleinen Schicht von Großgrundbesitzern zum Opfer gebracht werden. Die Versammlung rücht an den Bundesrath und den Deutschen Reichstag die Aufforderung, bei der Erneuerung der Handelsverträge und allen vorbereitenden Schritten an der bisher erwähnten Handelspolitik festzuhalten und unter keinen Umständen einer Erhöhung der Zölle auf Lebensmittel zuzustimmen.“

„Die Versammlung protestirt aber nicht nur gegen jede Erhöhung der Getreide- und Lebensmittelzölle, sondern fordert deren gänzliche Beseitigung.“

Unter brausendem Beifall, aus dem viele Hochrufe auf unsere Reichstagsabgeordneten Lugaer hervortraten, leerzte sich der Saal. Die Herren Konserwativen, die an dem Zustandekommen einer großen Protestversammlung in Breslau zweifelten, haben sich schwer verreckt. Das sah gestern anders aus, als wenn Herr Michle bei Bräuer vor 60 Männern spricht. Das waren die Arbeiterbataillone, die um 11 Uhr die ganze Umgegend des Schießwerbers schwarz bedeckten und die am nächsten Sonntag auch den zweiten Theil des Protestes vorbereiten werden durch die

Anglischverbreitung.

Politische Ueberblick.

Die Städte gegen die Kornzölle. Der Protest gegen die Erhöhung der Getreidezölle, welchen auf Beschluß von Stadtverordneten-Versammlung und Magistrat in Berlin eine gemischte Deputation der städtischen Behörden ausgearbeitet hat, ist endgiltig festgestellt worden. Die gemischte Deputation hat nach der „Berliner

Zeitung“ beschlossen, den Wortlaut der Eingabe sämtlichen deutschen Stadt-Verwaltungen zu übermitteln.

Eine gründliche Revision des militärischen Cittenloberges verlangt in der „Straßb. Post“ aus Anlaß des Mordmordes Vorfall ein „Pfarrer, der auch einmal des Königs Noth trug“. Der Pfarrer erklärt, daß es sein Laienverstand nicht begreifen könne, wie es möglich ist, daß eine Person, die in der Betrunktheit sich brutal benimmt, sich gesellschaftlich nicht unmöglich macht; daß dagegen eine Person, die von einem sich brutal benehmenden Betrunklenen geprügelt wird, gesellschaftlich unmöglich sein soll, wenn nicht duellirt wird.

Eheschließung und wirtschaftliche Lage. In der Zeitschrift des königlich sächsischen statistischen Bureau wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Eheschließung in den letzten Jahren wieder deutlich erkennen läßt, wie die Eheschließung mit der gewerkschaftlichen Ebbe und Fluth steigt und fällt, also als Gradmesser für die wirtschaftliche und soziale Lage angesehen werden kann. In Sachsen kamen 1894 auf 1000 Personen 8,4 Eheschließungen, 1895: 9,0, 1896: 9,5 und 1898, als die geschäftliche Fluth am höchsten gestiegen war, hob sich auch die Eheschließungsziffer auf 9,8, eine Höhe, die sie seit Anfang der 70er Jahre nicht wieder erreichte. Sie sank 1899 aber sofort auf 9,7, als die wirtschaftliche Lage den Höhepunkt überschritten hatte und sich dem Niedergang zuneigte; sie wird für 1900 und das laufende Jahr jedenfalls noch weit stärkere Rückfälle zeigen. Immerhin ist die Gesamtziffer der Eheschließungen auch 1899 noch eine sehr hohe, denn es fanden bei einer damaligen Bevölkerung des Königreichs von 4.026.480 nicht weniger als 38.980 Eheschließungen statt, dafür setze die Verschlechterung der Beschäftigung auch oben erst ein.

Die sächsischen Nationalliberalen haben mit den Antisemiten und Konserwativen für die nächsten Reichstagswahlen das Parteil für die drei von Sozialdemokraten vertretenen: Dreihundert Reichstagsabgeordnete, dahin erwidert, daß bei der nächsten Reichstagswahl in Dresden nicht ein Kompromiß, in Dresden-Neustadt ein Konserwativer und in Dresden-Friedrichstadt ein Nationalliberaler aufgestellt wird. Dafür haben sich die Nationalliberalen verpflichtet, bei den Landtagswahlen in Dresden ihren konserwativen Besitz und zu wahren. So machen die Nationalliberalen. Seit verstanden sie sich mit den Konserwativen und kann gehen sie aber sie bei in Versammlungen — Setz Dr. Vorgier in Dresden.

Eine Amnestie hat der Großherzog von Sachsen-Weimar laut Extrablatt der „Weimarer Zeitung“ vom 17ten Februar erlassen. Dadurch wird allen Verurtheilten, die bis zum 17. Februar incl. wegen Verbrechen oder Vergehen in Bezug auf die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte (§§ 105 bis 109 des Strafgesetzbuchs), wegen Verletzung des Landbesitzes oder eines Mitgliedes des Großherzoglichen Hauses (§§ 93—97 des Strafgesetzbuchs) durch Einwirkung eines großherzoglichen Gerichts rechtskräftig verurtheilt sind, diese Strafe, soweit sie nicht verbüßt ist, erlassen. Die Amnestie erstreckt sich ferner auf eine Reihe von Vergehen gegen das Strafgesetzbuch, namentlich Vergehen gegen die öffentliche Ordnung, Verleumdungen durch die Presse, Bittkomplimente, schändliche Körperverletzung, sofern die verhängten Strafen die Dauer von zwei Monaten, die Geldstrafen den Betrag von 300 Mk. nicht überschreiten.

Ausland.

Die Studentebewegung in Rußland hat sich nun auch nach Moskau verpflanzt, wo sie sich durch Verbreitung aufrührerischer Proklamationen, dann in öffentlichen Versammlungen kundgab, und schließlich zur Störung des regelmäßigen Unterrichts führte. In einer von 300 Studenten im Festsaal der Universität abgehaltenen Versammlung wurde im Namen aller Universitätslehrer die Dofstruktion angekündigt. Der Universitätsrektor hat eine strenge Untersuchung eingeleitet.

Allemans Sieg. Bei der Wahl zur Deputirtenkammer im 11. Pariser Arrondissement wurde der Sozialist Allemans gegen den Nationalisten Max Regis gewählt.

Dieser Sieg wird das ganze internationale Proletariat mit Freuden beglücken, denn es wäre eine nie auszuliegende Schmach für die Pariser Sozialisten gewesen, wenn ihre ungeliebte Zerrissenheit und gegenseitige Eifersüchtelei dem antihemischen Lumpen Max Regis zum Siege verholfen hätte.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Das „Neuerliche Bureau“ meldet unterm 17. d. Mis. aus De War:

Die Wet und Streij überschritten gestern Vormittag mit zweihundert Mann und zwei Geschützen die Eisenbahn rüdlich von Post Kraal. Die Generale der Engländer zirkulierten den Fund, welcher seine Geschütze nicht ins Feld brachte. Ein gepanzerter Zug eröffnete ein Feuer mit Mörsergeschützen. Es gelang den Engländern, den ganzen Korps der Wet zu nehmen. einschließlich hunderttausend Patronen, zahlreicher Schießpulver und eines Schnellfeuergeschützes. Die Verluste auf englischer Seite betragen drei Verwundete.

Die Engländer haben alle nur aufzufreisenden Truppen hinter dem gefährdeten De Wet hergeholt. Die Brigade Bruce Hamilton ist nach einer Reihe von Gewaltthaten aus Koonhild bei De War eingetroffen. Ferner ist die Kolonne des Obersten Delisle aus dem Westen dort angelangt.

Auch schmeicheln sich Londoner Blätter schon wieder mit der Illusion: Diesmal werde man De Wet bestimmt fangen! Wie oft ist dieser Sehnsuchtsang schon erklingen! Aus Melbourne wird gemeldet: die Regierung von Neu-Süd-Wales und die von Süd-Australien haben den Vorschlag Chamberlains, weitere Truppen nach Südafrika zu entsenden, abgelehnt.

Der Krieg in China.

Ein heilsamer Schrecken soll den Chinesen gebracht werden.

Die „Königliche Ztg.“ meldet aus Peking vom 16. d. M.: Argehts des ungewissen und schleppenden Ganges der Friedensverhandlungen ersuchte Graf Waldersee alle Bejehlshaber der verbündeten europäischen Truppen, für Ende Februar

eine neue Expedition in größerem Maßstabe vorzubereiten, um die Provinz Tschihi endgiltig von Chinesischen Soldaten zu säubern. — Die „Königliche Ztg.“ meldet aus Peking vom 17. d. Mis.: Das deutsche Kommando gab Befehl, binnen 18 Tagen 1000 Transportwagen für eine Frühjahrsexpedition bereit zu stellen; wie es scheint, verfolgen diese Anordnungen hauptsächlich den Zweck, den Chinesen einen heilsamen Schrecken beizubringen.

Preussischer Landtag.

Berlin, den 18. Februar 1901.

Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern fort. An die Reihe kamen heute die Ausgaben für die Polizei in Berlin und Vororten. Eigentlich wäre hier Anlaß zu einer großen Debatte gewesen. Auf der einen Seite verdrängen die Fälle Thiel und v. Meertheib-Gallfuss eine systematische Besprechung, auf der anderen Seite bot sich hier auch die Möglichkeit, gegen die große Berliner Straßenbahngesellschaft zu Felde zu gehen, die mit beherrschender Rückständigkeit die Sicherheit des Straßenverkehrs in Berlin gefährdet. Aber nächten die freisinnigen Vertreter der Stadt Berlin die günstige Gelegenheit so gut wie gänzlich aus. Zwar nahmen die Abgeordneten Rangenhan, Kreiting und Goldschmidt das Wort, aber sie hielten sich nur an Nebenabstimmungen. So verlangte Herr Dr. Rangenhan ein Gesundheitsamt für Berlin, aber die Besetzung unserer Polizei verhältnißmäßig ist schließlich doch wichtiger. Herr Kreiting hatte über die Unhöflichkeit der Berliner Schullehrer zu klagen. Herr Goldschmidt endlich kritisierte mit gutem Willen, aber mangelndem Rhythmus den Etat des Ministeriums über die Berliner Kriminal-Kommission. Bei der Erörterung der Unfälle im Berliner Straßenverkehr, die auf die Rechnung der „Großen Berliner“ kommen, schieden die Freisinnigen in Folge einer verkehrten Taktik ganz aus. Sie haben sich vorgenommen, die Angelegenheit beim Eisenbahn-Ministerium zur Sprache zu bringen, aber sie hätten heute schon zupacken müssen, als Herr von Kardoff die Frage anstellte und Herr von Hagenbach in einer langen Rede erwiderte, was die Behörden alles täten, um die Unfälle einzuschränken. Das Meiste ist schon bekannt. Der Techniker ist es noch nicht gelungen, eine sicher wirkende Inauguration zu konstruieren. Alles ist jetzt noch im Stadium des Versuchs. An Polizeimaßregeln ist eine Verlegung geplant, die das Aufs- und Abbringen auf die Straßenbahnwagen während der Fahrt verbietet. Die Verlegung soll durch Einschränkung des Lastwagenverkehrs und durch Verlegung einzelner Straßenbahnlinien in die Nebenstraßen entlastet werden. Das ist alles, was bisher geschehen ist. Man darf der Behörde glauben, daß sie in der thätlichen Ueberwachung des Betriebsmaterials der Gesellschaft ihre Schuldigkeit thut. Anders liegt es aber mit der ökonomischen Seite der Frage: der Ueberlastung des Betriebsmaterials der Gesellschaft, mit der Ueberanstrengung der Führer und mit der Beamten. Hierüber sagte der Minister kein Wort, und die Freisinnigen schwiegen auch, weil sie erst beim Eisenbahn-Etat reden wollen. Selbst das Thema willkürlicher Einschränkung der Polizeifunde sozialdemokratischen Willens gegenüber wurde nur von einem Nichtberliner, dem demokratischen Abgeordneten Sänger, erörtert, der die Polizeidirektion in Frankfurt a. M. scharf auf Korn nahm. Zwei Resolutionen wurden der Budget-Kommission überwiesen. Herr Bömel beantragte eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses und des Stellungsgehalts für die Mannschaften und Wachmeister der Schutzmannschaft. Herr Gump beantragte das Gleiche für die Sendarmen, denen er auch Dienstverordnungen auf Staatskosten verschaffen will. Das verdienen sie zum Mindesten, denn nach Herrn von Hagenbach sind sie die verdienstvollsten Stützen der Autorität des Staates. Nicht ganz so große Vergütung für die Sendarmen wie der Minister des Innern scheint der Finanzminister zu halten. Einer seiner Kommissare machte wenigstens gegen die Stellenzulage Bedenken geltend. Die Sitzung wurde um 4 Uhr abgebrochen und auf Abends 1/3 Uhr vertagt.

Partei-Angelegenheiten.

Quittung. Im Monat Januar gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

- Altenburg S. A., von den Parteigenossen 200.— Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 1. Kreis 100.— 2. Kreis 750.— 3. Kreis 250.— 4. Kreis 21.100.— 4. Kreis Söder 1000.— 5. Kreis 100.— 6. Kreis, Wedding und Darnienb. Vorstadt 400.— 6. Kreis, Schönhauser Vorstadt 900.— 6. Kreis, Rosenfelder Vorstadt und Gefu-dbrunnen 100.— Berlin, Kreis Beiträge: 910.33. Westa 50.— Bremen, S. G. 10.— Bant-Wilhelmshafen, Beitrag vom 4. Quartal 1900 152.— Breslau, B. Sch. 7. und 8. Quartal 6.— Bamberg, Solitarus 5.— Grimmschulz, von den Parteigenossen 200.— Chemnitz 18. sächsischer Reichstags-Wahlkreis 150.— Christiania, sozialistischer Klub „Vorwärts“ 50.— Charlottenburg, B. G. 5.— Dresden, L. Sch. 1.— Düsseldorf, B. Sch. 2.— Dresden, 4. sächsischer Kreis, sozialdem. Verein 100.— (Darunter rote Klubausgaben Karlsruher Kreis: 2.— durch Regier 1.—) Darmstadt, D. H. 100.— Döbeln, von den Parteigenossen 30.— Eberbach i. S., ein Gewerkschafter — 50. Erfurt, B. H. Kreis Erfurt-Sch. Regener 25.— Falkenberg (Oberschl.) 50.— Frankfurt, durch F. M. 50.— Gries, Wahlkreis Kreis a. d. 2.— Gesehmarde, sozialdemokratischer Verein von Bremerhaven 100.— Gelsenau im Erzgebirge durch L. R. vom N. W. Runder 4.— Geringwalde i. S., durch F. P. 20.— Hanau-Gelnhausen 200.— Hasel bei Bremen, von Parteigenossen 10.— H. a. i. d. t. sozial. Verein v. H. u. Umg. 14.— Hildesheim, von den Parteigenossen 100.— Hildesheim, Freigiebrüne Jung u. s. aus dem Kurienk. G. R. 5.— Hamburg, D. H. 100.— Hagenberg, D. H. 100.— Hagenberg, sozialdemokratischer Verein von H. u. Umg. 300.— Hagen i. W., Ungerent 3.— H. P. i. d. t. a. M., 2. Richter 8.— Hamburg, im Monat Januar in der Expedition des „Echo“ eingezogene 41.20. Hamburg, 1. Wahlkreis 4500.— Hartha i. S., 10. sächsischer Reichstags-Wahlkreis 100.— Hohenstein, von den Parteigenossen 100.— Hohenstein, Arbeiterverein 15.— Jahr i. B., Minister 5.— Jüdisch, durch G. L. 50.— Jüdisch, 17. sächsischer Reichstags-Wahlkreis 1. Kreis 25.— Jüdisch, durch den Bezirksamtmann 20.— Jüdisch, Gauerberg Siedelverein, viertes Quartal 1900 85.34. Jüdisch, Waldhäuser 5.— Jüdisch, sozialdemokratischer Verein 200.— Jüdisch, sozialdemokratischer Verein Nürnberg-Altstadt 20.— Jüdisch, Oberchl. rote Hochst. 120. Oberchl. a. d. R., B. H. 4.18. Oberlangenbielau, Arbeiter aus dem Erzgebirge 100.— Orlau, v. d. Partigen. 180.10. Pforzheim, v. sozialdem. Verein d. R. P. 50.— Pirna, 8. sächsischer Reichstags-Wahlkreis 100.— Pforzheim, von d. sächsischen Genossen 50.— Regensburg, Parteibeitrag 10.— Riechenbach i. Schl., v. Parteigenossen 20.— Riechenbach, R. u. P. 6.— Riechenbach, Arbeiter, Parteibeitrag 4. Quart. 25.— Genosse E. W. 1.— Sa. 28.— S. a. i. d. t., Ueberblick der Spiesfeier 8.— amerz. Aufz. 2.65. Sa. 10.65. Reichenaach i. Schl., sozialdem. Leje- u. D. 20.— Reichenaach i. Schl., sozialdem. Leje- u. D. 20.— Seelen a. S., 3 braunschw. Wahlk., d. d. Kreisverr. 10.— Stöberg (Hrnt.) rote Brüder 5.— Sorau, durch G. M. 25.— Stamen b. Spremberg, v. Parteigenossen durch U. 25.— Stuitgart, U. 10.— Spremberg R. 75.— (darunter vom Arbeiterverein in Döbelnfeld 25.—) Verjauung v. R. 20.— Schriesheim, sozialdem. Verein 10.— Talsow-Berthow-Storkow-Charlottenburg, Sozialdemokraten 1000.— Talsow, Talsow, von den Steinkohleleuten 640. U. Beschluß von der Erbhoheit durch G. M. 11.— Talsow, Talsow, Ueberblick vom 4. Quartal 1900 20.072.05.— Talsow, Talsow, Ueberblick, 4. Quart. 1900 80.— Wittenberg 100.—

Berlin, den 19. Februar 1901.
Für den Parteivorstand:
A. Grelch, Kreisverr. 30.

Arbeiterbewegung.

Wir bitten die Kollegen allerorts, zu diesem Kongress in ihren Versammlungen u. s. w. Stellung zu nehmen und beizutragen, dass die Delegierten öffentlich gewählt werden müssen.

Nach stattgehabter Wahl bitten wir, und die Namen der Delegierten mitzutheilen. Mit kollegialem Gruß: Job. Hoffmann, Carl Albocht, Engel Ufer 15, II., Berlin O., Auguststr. 88.

Ständesamtliche Nachrichten.

Vom 18. Februar. Der Reichs-Rath. Aufhändigungen. I. Wellenbauer Paul, Arbeiter, Kienstr. 38, und Meta Siebert, eb., Berlinerstr. 38A.

Anna Hirschberg, kath., Schmelzerstr. 11. — Haushälter Oswald Risch, kath., Friedrich-Wilhelmstr. 99, mit Anna Runci, kath., Neue Oberstr. 14. — Schneider Jakob Wagner, kath., Wislizenstr. 38, mit Karoline Schneider, geb. Stephan, kath., ebenda.

Stadt-Theater.

Dienstag: „Ein Fallstrick“. Mittwoch: Gastspiel Erika Wedekind: „Marie, die Tochter des Regiments“.

Humboldt-Verein.

Sonntag, d. 24. Februar, Abends 7 1/2 Uhr, im gr. Saale der Lessingloge, Agnesstrasse 5: II. Heino-Abend.

Gr. maskirter u. unmaskirter Ball

veranstaltet vom Arbeiter-Radfahrer-Verein Breslau Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“ Sonnabend, den 23. Februar 1901

Billigste Lebensmittel.

Malz-Kaffee Pfd. 20 Pf. 109 Kaffee-Pf. 80-180 Cacao Pfd. 120-180 Pf. N. Ehes Pfd. 150-360

Volkstheater.

Dienstag: „Die Geisha“. Mittwoch: „Nachmann als Erzieher“.

Arac Rum Cognac

selbst importirt en gros u. en detail H. Bausche u. Glühwein-Exporteur, Original- und Tafel-Bliqueur

Volks-Vorstellung im Thalia-Theater.

Michael Kramer Schauspiel in 4 Akten von Gerhardt Hauptmann. II. Aufführung: Sonntag, den 24. Februar 1901

P. Fischer, Gräbischenerstr. 75.

Gräbischenerstr. 27 u. Victoriastr. 56. Preis 20 Pfg. Wie klage ich vor dem Gewerbe-Gericht?

Zeltgarten.

Neu Specialitäten. 14 nur erstklassige Glasnummern. Die berühmte Milton-Truppe

Hermann Seidel.

Breslau, Ring 27. Telefon No. 3. Verkaufsstellen: In Breslau in der Kaiserstr., in Gumbinnen in der

Narziss.

Frauerspiel von Brachvogel. Todes-Anzeige. Am 17. d. Mts. verschied nach langen schweren Leiden mein lieber Schwager, der Steinmetz Paul Neumann

Palmengarten.

Gartenstr. 65. 117 Täglich v. 11-2 Uhr Mittags und von 7-11 Uhr Abends Freiconcert

F. Babisch.

Die dem Herrn Hugo Tietze angebotene Beileidigung nehme ich nach schiedsamlichem Vergleich zurück und leite Abbitte.

Orts-Krankenkasse für Tischler u. Pianofortebauer

Breslau. Am 17. d. M. starb plötzlich im besten Mannesalter unser hochgeschätztes Vorstands-Mitglied, Herr Obermeister Albert Köhler.

Castan's Panoptikum

Gartenstr. 23. Öffnet täglich von 10 Uhr Vorm. bis 10 Uhr Abends. Eintritt 50 Pf.

Die Rechte und Pflichten des Arbeiters

nach dem neuen Bürgl. Gesetz u. Kommentar gegen Miethbesitzer von Rich. Lipinski. Preis pro Exempl. 20 Pfennige.

Gewerks-Sterbekasse der Breslauer Maurer-Gesellen.

Das Mitglied Karl Lindner ist gestorben. Beerdigung: Mittwoch, Nachmittag 3 Uhr in Klein-Gandau.

Victoria-Theater

Simmensauer Garten. Dienstag, 19. Februar: Grosser Fastnacht-Masken-Ball.

Liederbuch

von Max Kegel. Preis 40 Pfg. nach dem neuen Bürgl. Gesetz u. Kommentar gegen Miethbesitzer von Rich. Lipinski.

Die Neujaars-Nummer des „Wahren Jacob“

mit Almanach 1901 ist noch zum Preise von 10 Pfg. zu haben. Die Expedition.

Gesundheitsschutz

in Staat, Gemeinde u. Familie. Herausgegeben unter Mitwirkung von Aerzten und Fachgelehrten von Emanuel Wurm.

Man abonniere auf das

Arbeiterrecht.

Rechte und Pflichten des Arbeiters in Deutschland aus dem gewerblichen Arbeitsvertrag, der Unfall-, Kranken-, Invaliden- und Alters-Versicherung unter besonderer Berücksichtigung des bürgerlichen Gesetzbuches.

Arbeiterrecht.

Rechte und Pflichten des Arbeiters in Deutschland aus dem gewerblichen Arbeitsvertrag, der Unfall-, Kranken-, Invaliden- und Alters-Versicherung unter besonderer Berücksichtigung des bürgerlichen Gesetzbuches.

Arbeiterrecht.

Rechte und Pflichten des Arbeiters in Deutschland aus dem gewerblichen Arbeitsvertrag, der Unfall-, Kranken-, Invaliden- und Alters-Versicherung unter besonderer Berücksichtigung des bürgerlichen Gesetzbuches.

